

Halle-Zeitung

Halle'sche Neueste Nachrichten · Handelsblatt für Mittelddeutschland

Er erscheint wöchentlich am Dinstag, am Sonntag als Feiertag. Die Bezugs-Gebühr beträgt in Stadt und Land monatlich 4 Mark bei freier Zustellung monatlich 4,50, in den Rangschichten abgeholt 3,75 monatlich. Die abgelaufenen Anzeigen-Millimeter-Zeile kostet im Oktoberheft 11, 2,00, im ausserordentlichen Heft 11, 2,50. Restlosen die Millimeter-Zeile 11, 6,00 im Oktoberheft und 11, 8,00 im ausserordentlichen Heft. Anzeigen-Schluss: Jeden Uhr vormittags.

Der Handel um die Getreideumlage.

Erhöhung der Beamtenegehälter / Einzug der Reichswehr in die befreiten oberthüringischen Gebiete. Einigung?

Nichts ist verkehrter, als in dieser Zeit der großen Uebergangsschwierigkeiten und drohenden Gefahren wirtschaftliche Fragen agitatorisch zu behandeln. Das ist von den Extremisten auch wieder bei der Getreideumlage versucht worden. Nachdem der Reichslandbund mit seiner zügellosen Agitation sich vorzeitig verausgabt hatte, blieben seinen parlamentarischen Vertretern allerdings kaum noch besondere Argumente übrig. Die äußerste Linke verfiel über das andere Dogma. Die Entscheidung kann nicht nach dem Dogma der Zwangswirtschaft, aber ebensowenig nach dem der freien Wirtschaft entschieden werden. Nach dem Scheitern der internationalen Anleihe stehen wir in unfernen Verhältnissen vor einer völligen Unfreiheit. Da uns ein sehr erheblicher Teil des heimischen Brotgetreides fehlt, wären wir auf eine Zufuhr angewiesen, von der wir noch nicht wissen, wie hoch sie im Weltmarktpreis sein wird. Bei diesen Verhältnissen ist es ein Ding der Unmöglichkeit, ohne die ordnende Hand des Reiches auszukommen. Auf der anderen Seite darf eine Erhöhung der Vorräte in der Staatshand nicht zu einer Ausweitung der Produktion werden, und man muß auch verhindern, daß bestimmte Schichten einseitig mit ganz bestimmten Opfern belastet werden. Vor der Plenarverhandlung des Reichstages haben gestern darum die Regierungsparteien versucht, eine Einigung zu erzielen. Das Bestreben der deutschen Demokraten war vor allem darauf gerichtet, den Kleinschicht bis zu 10 Hektar von der Umlage zu befreien und in der Preisfrage ein faires Unrecht gegen die Erzeuger zu vermeiden. Es scheint, daß man diesen Wünschen entgegenzukommen gewillt ist, so dürfte sich wahrscheinlich über die heimgewaltene Frage eine Einigung erzielen lassen.

Berlin, 20. Juni. Das Ergebnis der Fraktionsberatungen von gestern abend und heute morgen ließ sich um die Mittagsstunde eingezeichnet übersehen. Wenn es auch zumeist nicht endgültig war, so scheint doch eine Mehrheit für die Umlage gebildet zu sein.

Die Deutschen Demokraten haben sich in der Hauptsache vorläufig unter sich dahin geeinigt, für die Vorlage zu stimmen unter der Bedingung, daß man die untere Grenze der abgabepflichtigen Wirtschaften auf 10 Hektar herabsenkt, was auch die Sozialdemokraten bereit sein werden, und daß man den Landwirten im Freie nach Möglichkeit entgegenkommt. Die Fraktion möchte sich aber vorberathend noch nicht binden, um erst zu sehen, wie die Vorlage im weiteren Verlauf der Verhandlungen gestaltet wird. Es ist aber kaum zu bezweifeln, daß ihre Forderungen in einem Grade berücksichtigt werden, der ihnen die Zustimmung erlaubt. Ob freilich nicht auch im geringsten Maße einige Vertreter der Landwirtschaft beiseite bleiben werden, steht dahin.

Im Zentrum u sollen nur noch drei oder vier Mitglieder gegen die Umlage sein. Damit sind die beiden Mittelparteien, die erst fast gespalten waren, im wesentlichen wieder geschlossen.

Auch die Deutsche Volkspartei ist ziemlich geschlossen, aber sie stimmt gegen die Vorlage. Nur einige Beamtenegehälter, wie Morath u. a., werden für das Gesetz eintreten. Es scheint nicht, daß man Fraktionszwang ausüben wird, woran man zuerst gedacht haben soll.

Auch die Bayerische Volkspartei wird nicht ganz einheitlich stimmen. Die Mehrheit ist gegen die Umlage, aber etwa fünf städtische Arbeitervertreter sind dafür. Fraktionszwang über die Partei nicht.

Die Stellung der Sozialdemokraten ist unverständlich. Sie sind zum Entgegenkommen bereit, soweit es ihnen möglich erscheint, und sie sagen sich wohl selber, daß, wenn auch der Markenbrotpreis nach dem freien Preise fast näheren sollte — man spricht von drei Viertel oder vier Fünftel — doch durch das Befehlen der Umlage auch der freie Preis niedriger gehalten wird, als wenn die ganze Getreidewirtschaft dem freien Handel überlassen bliebe.

Die Unabhängigen werden vermutlich in ihrer großen Mehrheit das Zustandekommen des Gesetzes ermöglichen. Die getriggen Auslassungen der „Freiheit“ scheinen in der Tat nur Zehentorreden gewesen zu sein. So man kann in den „Deutschen Arbeiter“ eine solche bleiben natürlich unentwegt in sich selbst miteinander einig in diesem wie in manchen anderen Fällen.

Der Reichstag zur Ernährungsfrage.

Strotzpreis und Ueberstunden. — Kunstbrotbrot.

Berlin, 20. Juni. Es wird die Beratung der Getreideumlage fortgesetzt. Abg. Diez (Ztr.) steht nur in der freien Wirtschaft die Möglichkeit, die Produktion der Landwirtschaft zu steigern. Die Frage müsse mit größter Ruhe und Objektivität behandelt werden. Die Frage des Preises sei die vor-

binfrage. Wogegen sich die Landwirtschaft mit Entschiedenheit wehre, sei, daß sie allein die Hauptlasten tragen soll. Vielleicht könnte die Arbeiterschaft zu den Kosten beitragen, indem sie Ueberstunden leistet, deren Ertrag für die Getreidebeschaffung verwendet werden kann. Eine Relation müßte gefunden werden zwischen Umlagepreis und Kunstbrotbrot. Das Reich müßte auf die Umwälzung der Getreide, Mehl und Brot verzichten. Ein Zuschlag auf das marktfreie Brot müßte eingeführt werden. Das Zentrum behalte sich seine Stellung zur Umlagefrage bis zu weiterer Klärung vor, lehne aber schon jetzt die einseitige Belastung der Landwirtschaft ab. Abg. Dulke (D. Wp.). Die landwirtschaftlichen Organisationen, die 15 Millionen Landwirte repräsentieren, stehen einmütig auf dem Standpunkt, daß die Umlage abgelehnt werden muß. Die Zwangswirtschaft bringt einen Rückschlag der Produktion mit sich. Dem Minister steht er mit Vertrauen entgegengebracht, weil wir keine Sachkenntnis schätzen. Wir zweifeln noch nicht daran, daß wir bei ihm Verständnis für unsere Anschauungen finden werden. Die Landwirtschaft ist bereit, dem Minister 2 Millionen Tonnen Getreide zur rechten Zeit zur Verfügung zu stellen. Wir haben nichts dagegen, daß den Minderebmitteln das Brot billiger gegeben wird, aber man muß bei der Auswahl vorsichtig sein. (Zurück links: Der gesamte Arbeiterstand ist milderbemittelt.) Darüber läßt sich streiten! Aber welche Kräfte des früheren Mittelstandes könnten sich nicht mehr auszeichnen. (Wieder zurück links.) Die Kosten der Zwangswirtschaft sind gewaltig. Von dem Kreis des Brotes von 16 Mk. bekommt der Landwirt das allerwenigste. Eine Verteuerung des Brotes ist auf keinen Fall auszuführen.

Abg. Trieschmann (Dem.): Die demokratische Partei hofft, daß die Parteien sich in dieser schwierigen Frage doch noch zusammenfinden. Wir Landwirte haben wohl Verständnis für die Not weiter Kreise, aber es ist weit dem Kriege zu viel Ertragspolitik

getrieben worden und zu wenig produktionsfördernde Politik. Darum ringt die Landwirtschaft nach freier Wirtschaft. Meine politischen Freunde hätten gewünscht, daß ein anderer Weg als im vorigen Jahre hätte gefunden werden können. Es wird sich fragen, ob vielleicht in der Zukunft u b e r a t u n g sich ein neuer Weg eröffnet. In die erste Linie stellen wir die Volksernährung, in die zweite die Preispolitik. Wir wünschen den möglichsten Schutz der Kleinbauern. Wir hoffen, daß die Umlage, wenn sie nicht zu vermeiden ist, so gestaltet wird, daß sie für die Landwirtschaft erträglich wird.

Abg. Dr. Heim (B. Wp.): Die Vorräte der vorigen Ernte werden bis in den November hinein reichen. Ueber die neue Ernte kann man noch gar nicht urteilen. Durch Umlage 4 1/2 Millionen Tonnen heraushehlen zu wollen, ist ganz unsinnig. Man hat im vorigen Jahre den Bauern amtlich gesagt: Diese Umlage ist eine einmalige, sie ist ein Uebergang zur freien Wirtschaft. Jetzt müssen wir schon damit rechnen, daß die Umlage als dauernde Maßnahme in Betracht gezogen wird. Die Grundlinien der Umlage, wenn sie dauernd bleiben soll, müssen so gestaltet werden, daß die Bauern die Last gern tragen und an ihr mitarbeiten. Man darf die Gerechtigkeit nicht so brutal verletzen, daß man den Hauptinteressenten bei der

Preisbildung

die Mitarbeit verlagert. Für den Getreidepreis dürfen nicht politische Gründe maßgebend sein, sondern die Herstellungskosten. Auch die völlig freie Wirtschaft hat ihre Schattenseiten, jetzt wenigstens. Unsere Ernährungsstrategie hängt mit der Weltwirtschaft zusammen. Ein Drittel des Brotkorns, das auf dem Weltmarkt in den freien Handel kam, kamte aus Rußland. Und Rußland wird Jagdgebiete brauchen, ehe es wieder aufsteigen kann. Das Getreide geht durch zu viel Hände, daher die Verteuerung bei unserem einseitigen Markt. Das liegt an dem falschen System. Nächstens handelt alles, niemand arbeitet mehr. (Heiterkeit.) Die Preissteigerung folgte der Inflationsentwicklung.

Abg. Heidemann (Kommunist) weist auf die gewaltige Verteuerung der landwirtschaftlichen Güter hin und erklärt, die Landwirte hätten niemals so glänzende Geschäfte gemacht wie heute. Die Agrarier seien dabei die Gegenrevolution zu organisieren und die arbeitenden Massen auszuführen. Die elende Regierungsvorlage könne das hungrende Volk nicht befriedigen.

Die Vorlage wird hierauf dem volkswirtschaftlichen Ausschuss überwiehen.

Um 6 1/2 Uhr verlegt sich das Haus auf Mittwoch 2 Uhr (Sachlieferungsabkommen, Interpellationen über auswärtige Politik).

Heutiger Stand des Dollars 324.

Heimkehr mit leeren Händen.

Die sachlich eifrige Stimmung zwischen England und Frankreich ist bis zu einem solchen Grade gestiegen, daß der französische Ministerpräsident Poincaré vor seiner Abreise nach London sich nicht genug tun konnte in der Betonung der Tatsache, daß sein Besuch einen durchaus unpolitischen, privaten Charakter trage. Und sein Gegenpartei Lloyd George gab ihm in dieser kühlen Juridikation auch nicht eine Notizlänge zuvor und hielt noch bei dem zu Ehren Poincarés gegebenen Frühstück auf die formelle Weise an dem „gesellschaftlichen Charakter der Veranstaltung“ fest. Unmissverständlich drängte sich einem der Vergleich mit der Frage auf, die um den heißen Herd herumgeht. Denn selbstverständlich waren sich von allem Anfang an beide Staatsmänner völlig darüber klar, daß es nicht nur ein Umlage war, wenn eine solche Zulassung nicht zu dem Versuch benutzt würde, die zahlreichen Meinungsverschiedenheiten zwischen den beiden Kabinetten oder wenigstens einige davon aus der Welt zu schaffen, sondern daß dieser Versuch unbedingt gemacht werden mußte. Es fragte sich nur, wer von den beiden als Gebroder die gegenseitige diplomatische Blockade durchbrechen würde. Da ist es denn nicht uninteressant, festzustellen, daß Herr Poincaré französischen Journalisten gegenüber selbst erklärt hat, er sei durch die freundschaftliche Stimmung bei dem Frühstück so angenehm berührt worden, daß er als erster die Rede auf die Notwendigkeit einer politischen Auseinandersetzung gebracht habe, und Lloyd George sei sofort auf diese Anregung eingegangen. Das ist eine lebenswürdige Ausruf für das Feuer, das ihm auf den Nägeln brannte. Dieses Feuer ist die in Folge der Obstruktion Frankreichs geheizte Anleihe. Die öffentliche Meinung Frankreichs scheint nachher den Appetit auf Sanktionen und ähnliche Gewalttaten verloren zu haben, weil sie — spät genug — endlich zu der Ueberzeugung gekommen ist, daß damit keine materiellen Vorteile zu erzielen sind. Das Mittelbedenken im französischen Staatshaushalt wächst sich immer mehr aus, und drohend liegt zunächst die Erhöhung der Einkommensteuer vor der Tür. So kommt es, daß, was noch vor wenigen Wochen zu den Dingen der Unmöglichkeit zu gehören schien, heute Ereignis geworden ist: die französische Presse unterzieht in langen Artikeln die Möglichkeit einer Herabsetzung der Forderungen an Deutschland, ohne daß bisher ein Witzträger dazwischen gefahren wäre. Das heißt mit anderen Worten: Frankreich sieht den ungeheuren Fehler ein, den es mit der Sprengung der Bankierkonferenz gemacht hat und zieht bei Weid, d. h. die Herabsetzung der Forderungen an Deutschland, also die Anleihe, neuen Steuern vor.

In diesem Sinne offenbar ist es zu erklären, daß die Reparationskommission nun eine Unterredung über die Mittel vorzuschlagen soll, um die deutschen Finanzen wieder in Ordnung zu bringen. Ja, daß sogar Herr Poincaré auf die illustrierte Aktion gegen Deutschland verzichtet hat, die er so oft angeündigt hatte, ein Umstand, der ihm innerpolitisch noch manche unbehagliche Stunde bereiten dürfte. Freilich gehen hier die amtlichen französischen und englischen Meinungen stark auseinander. Die französische Agentur Havas betont gegenüber nur, daß sich die Reparationskommission augenblicklich damit beschäftigt, eine Finanzkontrolle in Deutschland zu organisieren. Während also das Bureau Reuters eine neue Unterredung der deutschen Finanzen antündigt, handelt es sich der Agence Havas zufolge nur um die Prüfungen, die das Garantiefomitee gegenwärtig in Berlin über die Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben des Reiches, die Verhinderung der Kapitalflucht und die Reichsstatistik vornimmt. Dieser französische Witzleg — denn das ist er offenbar — ist sehr bescheiden. Man darf nicht den Eindruck machen, daß die französische Volkschiffre sagen, daß die Obstruktionspolitik Schiffbruch gelitten hat und daß man sich also mit dem Gedanken der Herabsetzung der deutschen Schulden vertraut machen müsse. Denn Reuters erklärt klipp und klar, daß die nächste Aufgabe der Reparationskommission darin bestehen solle, „den wirklichen Zustand der deutschen Finanzen zu untersuchen und festzustellen, ob mit Hilfe einer auswärtsigen Anleihe die deutsche Regierung irgendwas tun könne, um das Gleichgewicht im Haushalt sowie die Währungs wiederherzustellen.“ Die Reparationskommission wird wohl kaum den Größenwahn haben, daß sie zu besseren und richtigeren Ergebnissen als die Bankierkonferenz kommen wird. Und so ist es vielleicht nicht allzu optimistisch, wenn man annimmt, daß diese neue Unterredung der Reparationskommission nur das Sprungbrett für die von der Bankierkonferenz als Vorbedingung für die Wiederaufnahme ihrer Tätigkeit gestellte gemeinsame Aufforderung der Entente-regierungen darstellen soll.

Der Rest ist Schweigen. Der Londoner Mitarbeiter des Pariser „Journal“ charakterisiert das Ergebnis der Unterredung dahin, daß man nach zwei Stunden darüber einig gewesen sei, daß man über eine einzige Frage einig sei. In Sachen der Haager Konferenz hat man sich gegenseitig einige Konzeptionen gemacht, so daß Herr Poincaré die Erklärung abgegeben konnte, die französische Delegation werde im Haag bleiben. Vollig abgelehnt ist Poincaré mit dem englisch-französischen Garantievertrag, über dessen Aussehen ihm das Reichsblatt Lloyd Georges, der „Daily Chronicle“, verriet, „daß dieser Plan heute weit hinter dem Horizont der möglichen Dinge liegt“, und zwar dank der Poincaréschen Politik in den letzten sechs Monaten. Was über die Orientationslosigkeit und die Langerfrage vereinbart wurde, ist weiter nichts als eine Verlegenheitslösung. Die Lösung selber hat man

nd
ig
s
en
ente
75
ung
ung
erger
Paul
35,
35,
men
ber
Co.
el in
der
is in
erk,
2
kel
ils-
ör,
br,
und
40a
chf.
nu,
fr. 54
B-
en
en
in

